

Die Ablehnung der Kernenergie in Österreich – „Fortschrittliche Energiepolitik“ als Errungenschaft einer sozialen Bewegung?

Florian Bayer, April 2013

Track #9: Soziale Bewegungen als Motoren des Fortschritts
Alternivtrack #4: Technologie und Regulierung

Die ablehnde Haltung Österreichs gegenüber der „zivilen Nutzung“ der Kernenergie, manifestiert durch eine dies ausdrücklich verbietende Verfassungsbestimmung, ebenso wie die starke Verankerung dieser Ablehnung in der Bevölkerung werden gegenwärtig als zutiefst fortschrittliche und vernunftgeleitete Position begriffen und dargestellt. Der Widerstand gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf, ebenso wie das „Nein“ bei der Volksabstimmung vom 5. November 1978 sind tief im kollektiven Gedächtnis verankert und bilden zentrale Bezugspunkte für die gegenwärtige Ablehnung der Kernenergie als Teil der „nationalen Identität“ Österreichs.¹

Der angestrebte Beitrag beleuchtet die österreichische Anti-AKW-Bewegung in einem breiten historischen Kontext, um einerseits gegenwärtige Narrative zu Geschichte und Ablehnung der Kernenergie zu hinterfragen und andererseits eine empirisch fundierte Bewertung der Rolle der größten sozialen Bewegung der Zweiten Republik zu ermöglichen. Anschließend gerät die Frage ins Zentrum, in wie weit die Anti-AKW-Bewegung zum Verbot der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Österreich beigetragen hat und welche Rolle im Gegenzug politischen FunktionsträgerInnen zuzuschreiben ist.

In einem ersten Schritt werden über die Geschichte der Kernenergie in Österreich nach 1945 die Rahmenbedingungen des Entstehens dieser Bewegung erläutert: Die Kernenergie gelangte im Laufe der 1950er Jahre im Zuge der verstärkten Westintegration unter den Bedingungen des sich verschärfenden Kalten Krieges als Inbegriff des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts nach Österreich.² Die Intensivierung der Kernforschung ebenso wie die Umsetzung der Nutzung dieser Technologie zur Energieerzeugung vollzog sich von 1955 bis in die Mitte der 1970er Jahre. Zwar verlief diese nicht völlig ohne Konflikte und Konfrontationen, doch wurde die Entwicklung weder durch politische FunktionsträgerInnen, so genannten ExpertInnen aus Wissenschaft und Forschung, noch durch andere gesellschaftliche AkteurInnen in Frage gestellt. Entscheidungen und Umsetzung erfolgten in enger Kooperation zwischen E-Wirtschaft und Parteien- und Verbändestaat.³

Erst in den 1970er Jahren formierten sich die ersten lokalen und regionalen Proteste gegen „Kernanlagen“, wie etwa das geplante Kernkraftwerk Rütli in der Schweiz, welches aufgrund der

1 Vgl. Gerhard STROHMEIER, 'Umwelt': Österreichische Mythen, Topoi und Erinnerungen. Die Gedächtnisorte 'Zwentendorf', 'Hainburg' und 'das Waldsterben', in: Emil BRIX/ERNST BRUCKMÜLLER/Hannes STEKL (Hg.), *Memoria Austriae I. Menschen, Mythen, Zeiten*, Wien 2004, S. 357-391.

2 Vgl. Christian FORSTNER, Zur Geschichte der österreichischen Kernenergieprogramme, in: Silke FENGLER/Carola SACHSE (Hg.), *Kernforschung in Österreich. Wandlungen eines interdisziplinären Forschungsfeldes 1900-1978*, Wien/Köln, Weimar 2012, S. 159-180; Helmut LACKNER, Von Seibersdorf bis Zwentendorf. Die 'friedliche Nutzung der Atomenergie als Leitbild der Energiepolitik in Österreich', in: *Blätter für Technikgeschichte* 62 (2000), S. 201-226.

3 Vgl. Andreas KUCHLER, Das Atomzeitalter erreicht Österreich, in: Oliver RATHKOLB/Richard HUFSCHMIED/Andreas KUCHLER/Hannes LEIDINGER, *Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld*, Wien 2012.

grenznahe Lage auf massiven Widerstand in Vorarlberg stieß. Im Zuge regionaler Proteste gegen die geplanten Kernkraftwerke in Stein/St. Pantaleon und Zwentendorf weitete sich die österreichische Anti-AKW-Bewegung sukzessive aus. Als die Bundesregierung schließlich mit der „Informationskampagne Kernenergie“ danach trachtete, mittels der Autorität wissenschaftlicher Expertise einen Schlussstrich unter die Debatte zu setzen, nutzten die KritikerInnen dieses Forum, um ihrem Anliegen Öffentlichkeit zu verschaffen. Mithilfe einer enormen medialen Resonanz wurde gerade die wissenschaftliche Autorität der Experten angezweifelt und letztlich das etablierte Verhältnis zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit als solches hinterfragt. Diese grundsätzliche Kritik an Wissenschaft und etablierten Fortschrittszenarien verhalf der Anti-AKW-Bewegung zu ihrem enormen Anwachsen und zu ihrer zeitweilig enormen Bedeutung für die österreichische Debatte um die Kernenergie.⁴

Im letzten Abschnitt soll schließlich erläutert werden, warum und vor allem wie der weitere Verlauf der Geschichte der Kernenergie in Österreich dennoch durch die politischen Parteien geprägt wurde: Die tief im historischen Bewusstsein verankerte Volksabstimmung vom Herbst 1978 ist entgegen dominanter Narrative nicht als das direkte Verdienst der sozialen Bewegung zu bewerten, ebenso wenig wie das negative Ergebnis. Ein Blick auf die weitere politische Debatte über die Analyse der Protokolle des österreichischen Nationalrats⁵ offenbart dabei, dass die Nichtinbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorfs vorrangig parteipolitischen Motiven und Entwicklungen zuzuschreiben ist. Vor diesem Hintergrund ist die Bedeutung der Anti-AKW-Bewegung stark zu relativieren. Schließlich wird aufgezeigt, dass vorrangig „die Parteipolitik“ bis ins Frühjahr 1986 als ausschlaggebend für die breit getragene Ablehnung der Kernenergie in Österreich zu bewerten ist. Im Lichte der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl bereiteten Funktionsträger des österreichischen Parteien- und Verbändestaates schlussendlich einer massiven Reinterpretation des bisherigen Verlaufs der Debatte zu Gunsten eines nationalen Selbstbildes des „atomfreien Österreichs“ den Weg.

Die Darstellung der Geschichte der Kernenergie in Österreich ermöglicht abschließend eine differenzierte Diskussion zu den Entstehungsbedingungen der Anti-AKW-Bewegung, zu deren Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven ebenso wie deren tatsächlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Veränderung in Österreich. Entgegen romantisierender Erinnerungen die den Beitrag „der Bewegung“ oder einzelner AkteurInnen in der Regel überbewerten, geraten so Wege und Möglichkeiten für gesellschaftliche Veränderungen durch soziale Bewegungen in den Fokus. Darüber hinaus wird eine Diskussion über den „fortschrittlichen Charakter“ der österreichischen Ablehnung der Kernenergie möglich. Abseits herkömmlicher „pro- und kontra“ Atomenergie Standpunkte kann hinterfragt werden, in wie weit die Ablehnung einer Technologie im Form nationaler Identitätsbildung überhaupt als fortschrittlich angesehen werden kann, oder ob das verfassungsmäßige Verbot der Nutzung der Kernenergie in einen anderen Kontext zu setzen ist.

4 Vgl. Ulrike FELT, Keeping Technologies Out: Sociotechnical Imaginaries and formation of nation technopolitical identity. Manuskript für den Sammelband S. JASANOFF/S.-H. KIM, Dreamscapes of Modernity, 2013.

5 In Betracht gezogen werden alle relevanten Debattenbeiträge zwischen dem 5. November 1978 (Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf) und dem 26.04.1986 (Reaktorkatastrophe von Tschernobyl).